

## Innerpolitische Auschau.

Großer Pairschub im Jänner. — Zur Spaltung im konservativen Großgrundbesitz in Böhmen. — Das „alte“ und „neue“ Oesterreich. — Der tragische „Fußtritt“.

Die Vorbereitungen für die als notwendig erkannte Neuordnung in Oesterreich, zu deren Voraussetzungen die Gesandung des Parlamentes gehört, gelangen langsam in das Stadium der Verwirklichung. Schon die Meldung von der Nichtwiederbewerbung des Abgeordneten Dr. Sylvester um den Posten des Abgeordnetenhauspräsidenten durfte als Ankündigung gewisser Ereignisse und Maßnahmen gelten. Dr. Sylvester wird, wie wir erfahren, sich unter jenen Parlamentariern befinden, die beim großen Pairschub, der Mitte Jänner zu gewärtigen ist, ins Herrenhaus gelangen werden. Vom Nationalverband wird bei dieser Gelegenheit voraussichtlich außer Dr. Sylvester auch der bisherige Verbandsobmann Universitätsprofessor Dr. Gustav Groß, dem als Verbandsführer seit längerer Zeit Amtsmüdigkeit nachgesagt wird — Dr. Groß, ein Sechziger, ist viel als Obmann des Deutschen Schulvereins in Anspruch genommen — ins Herrenhaus berufen werden. Das Herrenhaus wird rund ein halbes Hundert neue Mitglieder bekommen und schon dadurch ein merklich verändertes Gepräge erhalten; neue Personen bringen immer auch neue Gedanken und Bestrebungen mit. Die Neugruppierung der Kräfte und Strömungen im Herrenhaus, die ihren Ausgang von den Särungen und Klärungen in der Rechte nimmt, die Mittelpartei erfassen und schließlich wohl auch an der Linken nicht spurlos vorübergehen wird, dürfte durch den Pairschub eine Beschleunigung erfahren. Das Herrenhaus der Zukunft dürfte in seiner Gliederung die großen Richtungen des Volkshauses spiegeln und als deren gemäßigter Auslese, als Versammlung von erfahrenen, abgeklärten wirklichen Senioren aller großen Richtungen besser, als bisher, in der Lage sein, die Beziehungen zu den Parteien des Volkshauses zu pflegen und vorteilhaften Einfluß auszuüben.

Zur Spaltung im konservativen Großgrundbesitz in Böhmen veröffentlichte Graf Johann Pazanský, ein Mitglied der Mehrheit des Wahlkomitees, in der Prager „Union“ (Nr. 357) folgende Entgegnung auf die von Graf Clam-Martinic und Fürst Alfred Windischgrätz namens der sechs aus dem Wahlkomitee ausgetretenen Mitglieder veröffentlichte Rundgebung:

Obwohl diese Kundmachung nicht die einstimmige Annahme fand, wurde diese doch an alle unsere Wähler versendet, und zwar noch dazu mit Details über die Abstimmung selbst. Ich kann dieses Vorgehen nicht tief genug bedauern, denn es war bisher der strenge Grundsatz unserer Partei, wichtige Meinungsverschiedenheiten geheim zu halten. Allem Anschein nach haben die Herren nicht bedacht, daß, wenn sie aus dem Wahlkomitee getreten, sie doch Parteimitglieder geblieben, und daß es doch gegen das Parteiprinzip verstieß, andere Parteimitglieder bloßzustellen und sie, wenn auch selbstverständlich unbegründeten Verdächtigungen preiszugeben. Trotz dieser traurigen Vorkommnisse habe ich aber die zuversichtliche Hoffnung, daß die Einheit der Partei erhalten bleiben wird. Bei der Abstimmung haben wir die Ansicht vertreten, daß es nicht angezeigt sei, schwer zu beklagende Vorfälle durch unsere Partei in die Öffentlichkeit mehr noch zu bringen, da unsere dynastische Treue niemand bezweifeln kann und darf; kann mehr als durch Worte haben unsere Brüder und Söhne diese durch Taten bewiesen, da alle, ohne Ausnahme, mit Begeisterung in den Krieg zogen, gerne bereit, Blut und Leben für Kaiser und Vaterland zu opfern. Und alle vereinen dieselben heiligen Gefühle, die in der Devise gipfeln: „Für Gott, Kaiser und Vaterland!“ Wir alle wünschen ein mächtiges Oesterreich, in welchem aber auch alle Königreiche und Länder und die sie bewohnenden Nationen ihr Recht und ihr Glück finden mögen! Und so wollen wir uns denn alle einig scharen um diese heilige Fahne unserer Ueberzeugung, die unsere Väter uns vorangetragen, die alle politischen Stürme überwunden und makellos geblieben ist. An diese Fahne wollen wir uns halten und, wenn es sein soll, mit dieser untergehen.

Warum bei so einwandfreier Gesinnung „schwer zu beklagende Vorfälle“ nicht auch öffentlich in eindrucksvoller Weise beklagt werden sollten, will nicht einleuchten. Die Öffentlichkeit hat vielmehr schon lange auf eine derartige Stellungnahme gewartet, wie sie Fürst Alfred Windischgrätz und seine Gesinnungsfreunde beantragt hatten. — In leidenschaftlicher Weise wenden sich verschiedene tschechische Blätter darunter auch der sonst besonnenere rechtsstehende Brünner „Glas“, gegen den Schritt der sechs Ausgetretenen, dem in bekannter ausschweifender Phantasie Feindseligkeit gegen das ganze tschechische Volk untergeschoben wird, obwohl die Kundgebung der Sechs ausdrücklich zwischen den loyalen und den anderen Elementen unterscheidet. Von der Pflicht, in dieser Hinsicht reinen Tisch zu machen, kann weder das Pathos von Zeitungsartikeln noch die Solidaritätstaktik enthoben. Am allerwenigsten vermögen Drohungen, wie sie gleichfalls in tschechischen Blättern versucht werden, auf Mitglieder des konservativen Hochadels eine Wirkung auszuüben. Der Schritt ist getan und bleibt getan. Alle Versuche, den gesamten konservativen Großgrundbesitz, der durchaus keine national einfarbige Parteigruppe ist, zu einer tschechnationalen Partei umzustempeln, die zur Solidarität mit Jungtschechen, Radikalen, Sozialdemokraten, Radikalsozialen und Realisten verpflichtet wäre, müssen scheitern; höchstens kann auch im konservativen Großgrundbesitz die nationale Scheidung erzwungen werden, wie sie die Beckische Wahl-

reform anbahnte, aber vom konservativem Adel bisher abgelehnt wurde.

Im „Bentov“ führte kürzlich Hofrat Goll, gegen die politischen Bestrebungen des Deutschen Nationalverbandes polemisierend, aus:

Wir wissen, daß es sich heute und wahrscheinlich auch morgen für uns um die Frage handelt, ob das alte Oesterreich mit seinem verfassungsmäßigen Namen der „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“, das Oesterreich, dessen Verfassung zwar nicht auf den historischen Rechten der Königreiche und Länder beruht, aber doch in seinen Paragraphen die in demselben lebenden Nationen als gleichberechtigt und gleichwertig anerkennt, ob dieses alte Oesterreich vor einem neuen Oesterreich zurücktreten soll, in welchem es künftig nur eine herrschende und bevorrechtete Nation geben würde, in welchem es eine „Nation“ und unter ihr stehende „Nationalitäten“ geben würde, ob das alte „größere“ Oesterreich einem „kleineren“, um Galizien verkleinerten Oesterreich weichen sollte, auch wenn dieses Königreich noch einige Zeit hindurch durch ein loses Band verbunden bliebe, verkleinert vielleicht auch noch um Dalmatien, vielleicht auch die Bukowina verkleinert, einem Oesterreich weichen soll, welches bereit wäre, seinen Rechtsanspruch auf Bosnien zu verkaufen, vielleicht auch bereit, an Italien Belstirrol, wenn nicht mehr, zu schenken, nur damit die Zahl der nicht-deutschen Abgeordneten im Reichsrate noch mehr sinke. Und da kann man fragen, ob dieses neue Oesterreich, nicht zugleich — finis Austriae, das Ende des alten Oesterreichs wäre?

Woher der Herr Hofrat dieses „Wissen“ nur hat? Wer sagt ihm, daß die Sonderstellung Galiziens eine „Verkleinerung“ Oesterreichs — der Herr Hofrat zieht anscheinend die alte Bezeichnung „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“ vor! — bedeuten müsse? Bedeutet die Sonderstellung Kroatiens und Slavoniens etwa eine Verkleinerung des Staates der heiligen Stefanskronen? Sonderstellung ist doch bloß Ausgestaltung der Autonomie verbunden mit entsprechender Verringerung der Kompetenz Galiziens in Dingen, welche nur die übrigen Kronländer angehen, aber durchaus nicht eine völlige Lostrennung oder gänzliche Ausscheidung. Im Gegenteil beabsichtigt gerade die Sonderstellung eine organischere, unlösbarere Angliederung Galiziens an den Gesamtstaat Oesterreich. Die übrigen Lostrennungen, von denen Hofrat Goll redet, sind Stammtischphantasien. Daß insbesondere gerade die Tiroler mit der Zerstückelung ihres Landes bestraft werden sollten, ist ein so törichter Gedanke, daß man dem Hofrat Goll nur raten kann, er möge sich lieber an die Logik der Ereignisse und an geschichtliche Urkunden, wie den Armeoberkommandobefehl anlässlich der Südtiroler Maioffensive gegen Italien, als an Hirngespinnste unreifer Leute halten, die sich Barzilai und Marcoras Träume zu eigen machen. Und was die künftige Nationalitätspolitik betrifft, so wird Oesterreich nach wie vor allen seinen Völkern ein wahres Vaterhaus sein. Freilich, damit es dies sein könne, sind gewisse Vorbedingungen und Voraussetzungen zu erfüllen. Auch der Staat bedarf, wie er es seinen Bürgern zuerkennt, eines Existenzminimums. Auch in nationaler Hinsicht! Was die nicht-deutschen Völker in dieser Hinsicht dem Staate, der ja auch ihr Staat ist, zusprechen, das gewähren sie sich selber. Das neue Oesterreich, dem alle im eigensten Interesse entgegenstreben sollen, muß ein aktionsfähiges, nicht an Händen und Füßen gefesseltes, von tausend lächerlichen Hemmungen lahmgelagertes Oesterreich sein. Wer kann gegen ein solches neues Oesterreich im Ernste etwas einwenden wollen?

Die Vereinbarung eines Zusammengehens der beiden großen bürgerlichen deutschen Parteien in nationalen und wirtschaftlichen Fragen paßt gewissen Leuten gar nicht in ihren Kram, am wenigsten der Gruppe Adler-Austerlitz, deren „A.-B.“ alle Hebel in Bewegung setzt, um das Einvernehmen zu stören, das den Wünschen nach einem Bloß des Kulturkampfes und Kriegswunderererschutes arg im Wege steht. Schon die auf Parteitagsbeschlüssen beruhende Nichtentsendung christlichsozialer Vertrauensmänner ins Kabinett bezeichnete das Blatt als christlichsozialen „Fußtritt gegen die Nationalverbändler“. Nun rückt das Blatt neuerlich mit seiner Fußtritt-Theorie heraus wegen der ausdrücklichen Feststellung der Christlichsozialen Vereinigung, daß sie sich dem Kabinett Clam-Martinic gegenüber „vollkommen freie Hand vorbehalten habe“ und daß ihr als Grundlage zur Beurteilung des Kabinetts weniger dessen programmatische Erklärungen als dessen tatsächliche Maßnahmen dienen werden — ein Standpunkt, den bekanntlich die „Reichspost“ sofort am Tage der Verlautbarung der neuen Ministerernennungen verurteilt hat und der für die Christlichsozialen einfach eine gegebene Selbstverständlichkeit ist. Aber das Blatt Adler Viktors „urteilt“, daß „der Fußtritt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lasse“, denn das Kabinett sei „durch Urbans Eintritt geradezu ein nationalverbändlerisches geworden“. Das der „A.-B.“ allzeit getreue Pech will, daß just an dem Tage, an welchem die christlichsoziale Erklärung verlautbart wurde, der Nationalverbändler Abg. Dr. Steinwender in der Grazer „Lagespost“ in einem Artikel über „die Deutschen und die Regierung“ den Standpunkt des Nationalverbandes zum Kabinett Clam-Martinic folgendermaßen verdolmetscht:

„Von uns Deutschen kann verlangt werden, daß wir diese Mission des neuen Ministeriums begreifen und, soweit es uns möglich, unterstützen. Mehr nicht. Wir haben keinen Vorschlag an Vertrauen zu geben, wir werden uns nicht dadurch, daß zwei deutschböhmische Politiker in das Kabinett aufgenommen wurden bestimmen lassen, wir wollen es auch unterlassen, von einem Konzentrationstri-

berium zu sprechen, denn eine Konzentration aller Kräfte müßte man sich wesentlich anders vorstellen. Keinesfalls sind wir von der Pflicht entbunden, selbst zum Besten zu schauen. Auch wir haben eine gebundene Marschroute, die ungleich weiter führt, als die von der Regierung zu lösenden Aufgaben.“

Obwohl nun die Stellungnahme zu einer Regierung nicht gerade zu den „nationalen und wirtschaftlichen Fragen“ gehört, für welche die Vereinbarung zwischen Christlichsozialen und Nationalverband gilt, zeigt die Nebeneinanderstellung der christlichsozialen Erklärung und vorstehender Auslassung Steinwenders doch zur Genüge, daß der „Fußtritt“, wenn ein solcher der Phantasie der „A.-B.“ schon unentbehrlich ist, im vorliegenden Falle einzig und allein den Hebern verabreicht wurde, denen jedes Einvernehmen zwischen deutschen Parteien eine Qual ist. Was die Christlichsozialen erklären, erklärt der Nationalverbändler mit andern Worten auch.